

## **Offenes Bekenntnis zu linksextremen, gewaltbereiten Verfassungsfeinden**

### Eine Antwort auf die Stellungnahme der Ida-Ehre-Schule zum Antifa-Skandal in ihren Räumen

- Die kritische Auseinandersetzung mit totalitären Systemen ist ein wichtiger Bildungsinhalt in Schulen und ein bedeutender Bestandteil demokratisch-zivilgesellschaftlichen Engagements in unserer Gesellschaft.  
„Antifaschismus“ ist jedoch nicht per se eine demokratische Einstellung. Auch linksextreme Agitation subsumiert sich nach ihrem eigenen Verständnis unter diesen Begriff. Linksextreme benutzen „Antifaschismus“ als Kampfbegriff, um ihren eigenen Machanspruch zu legitimieren und bürgerliche Demokraten jeglicher Ausrichtungen zu delegitimieren. Nach kommunistischem Verständnis ist Faschismus die notwendige Begleiterscheinung marktwirtschaftlich organisierter Gesellschaften. Auch die DDR sah sich als „antifaschistischen“ Staat.  
<http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33612/antifaschismus?p=all>
- In ihrer Stellungnahme gibt die Schulleitung der Ida-Ehre-Schule vor, die Pinwand mit den Aushängen mehrerer linksextremistischer Organisationen sei Teil eines „Kunstprojekts“. Diffamierende Bilder und Texte seien dort nicht zugelassen gewesen. Zudem sei Voraussetzung gewesen, „niemand“ aus der Schülerschaft sei gegen die Aushänge. Diese Einlassung ist durch die tatsächlich dort gesammelten Aushänge widerlegt. Die Schülerschaft bestückte – unter Anleitung der Lehrerschaft – die Sammlung offenkundig nur mit Aufklebern, Flyern sowie mit Plakaten im Schulgebäude von linksextremistischen Organisationen sowie mit AfD- und polizeifeindlichen Parolen. Entgegen der Aussage der Schulleitung fanden sich dort auch eine Reihe die bürgerliche politische Rechte diffamierender Texte (Bsp.: „Hetze gegen Rechts sollte normal sein“).
- In der Vergangenheit waren auch die Flure der Ida-Ehre-Schule mit Plakaten der vom Verfassungsschutz beobachteten und als gewaltorientiert eingestuften Antifa Altona Ost plakatiert. Die Einlassung der Schulleitung, Aufkleber haben sich nur in öffentlich nicht einsehbareren Bereich einer Sitzzecke gefunden, ist unzutreffend.
- Die Schulleitung bestätigt in ihrer Stellungnahme selbst, eine Aufnahme der Schülerschaft im Klassenraum unter Verwendung des Logos einer gewaltorientierten und verfassungsfeindlichen Organisation (Antifa Altona Ost) sei von der Lehrerschaft gestattet und zur Einreichung bei einem Wettbewerb freigegeben worden.
- Die Ida-Ehre-Schule wird damit ihrem Selbstanspruch, die Demokratie besonders befördern zu wollen, nicht gerecht. Sie muss sich fragen lassen, ob sie mit der Duldung solcher vom Verfassungsschutz als linksextremistisch eingestufte Aktivitäten, den anti-totalitären Konsens verlässt und möglicherweise linken Totalitarismus als solchen gar nicht mehr wahrnimmt, geschweige denn bekämpft. Ralph Giordano, der Ehrenvorsitzende des BERTINI-Preises, hat sich immer auch gegen Linksextremismus eingesetzt.
- In Folge der Kontroverse um ihre Schule bekennen sich Schüler der Ida-Ehre- und anderer Hamburger Schulen offen zur linksextremen, verfassungsfeindlichen und gewaltorientierten Antifa Altona Ost. Das Versagen der Schulen bei der Umsetzung ihres Lehrauftrags zur Vermittlung der Werte der pluralistischen Demokratie wird hier abermals sehr deutlich. Es fehlt an dem politischen Bewusstsein, linken Extremismus als solchen wahrzunehmen und zu problematisieren. Vielmehr müsste in den Schulen vermittelt werden: Der Begriff und das Symbol der „Antifa“ sind gerade in Hamburg Altona –

Deutschlands Hochburg des Linksextremismus – untrennbar verbunden mit den linksradikalen und linksextremistischen Antifa-Gruppen. Und diese stehen für G20-Krawalle, Schwarzer Block, blindwütige Zerstörungen von Sachen, Flaschen- und Steinwürfe auf Polizisten, Einschüchterung und Bedrohung von Wirten, Farbanschläge, Outings von Andersdenkenden im Internet, et cetera.

- Das vom Hamburger Senat in Folge der G20-Ausschreitungen in Aussicht gestellte Programm gegen Linksextremismus ist dringend einzuführen. Der Senat möge Auskunft geben, wie weit die Erarbeitung eines Konzeptes gegen Linksextremismus gediehen ist, wann mit der Umsetzung begonnen wird und wie das Programm personell und finanziell ausgestattet wird.